GSP.W-01-068-2

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

Änderungsantrag zu GSP.W-01

Von Zeile 67 bis 68 einfügen:
allgemeinem Interesse, die kommunale Daseinsvorsorge und die kommunale Selbstverwaltung müssen in öffentliche Hand und von Marktmechanismen und Wettbewerb ausgenommen bleiben. Die Beschaffung des öffentlichen Sektors muss sich außerdem stärker an ökologischen und sozialen Faktoren orientieren, der niedrigste Preis genügt nicht als Entscheidungsgrundlage.

Begründung

Die öffentliche Beschaffung macht ~15% des deutschen BIPs sowie ~34% des öffentlichen Gesamthaushaltes aus. Dass hierbei auf den Preis geachtet wird, ist zweifelsfrei sinnvoll und im Interesse der Steuerzahler*innen, jedoch dürfen ökologische und soziale Faktoren nicht verdrängt werden.

Der Staat sollte zum einen eine Vorbildsrolle gegenüber dem privaten Sektor einnehmen, zum anderen hätte ein Paradigmenwechsel aufgrund des sehr hohen Investitionsvolumens einen enormen ökologischen und sozialen Effekt.

weitere Antragsteller*innen

Lennart Kammann (KV Birkenfeld); Marlon Wrasse (KV Westerwald); Sebastian Kirchner (KV Mainz); Patrick Weirich (KV Cochem-Zell); Kent Michaelis (KV Rhein-Hunsrück); Karin Heinz (KV Rhein-Hunsrück); Anja Kaspari (KV Rhein-Hunsrück); Liga Peuter (KV Rhein-Hunsrück); Markus Mono (KV Rhein-Hunsrück); Harald Rech (KV Saarbrücken); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Marlene Klatt (KV Steinfurt); Björn Troll (KV Köln); Chantal Kopf (KV Freiburg); Sebastian Schäfer (KV Heilbronn); Almut Mackensen (KV Göttingen); Julia Schmenk (KV Koblenz); Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt-Weinstraße)